

... werden können, die die übrigen 10000 Soldaten umfasst haben. Zur Ladung der Waffenstillstande haben damit mit den Angestellten und Dienstleistern abgeschlossen werden, in denen nach dem Abschluß des Friedensvertrages die ehemalige Wehrkraft zugrunde geht.

Der Hauptausschuß des Reichstages beschloß: Die Rechtsabstimmung der Minister sollen in Zukunft ausschließlich zu dienstlichen Zwecken verwendet werden. Ferner sollen auf einen Vorschlag des Reichskanzlers die Protokolle des Ausschusses nicht mehr gedruckt, sondern in bloßen Abzügen vervielfältigt werden. Weitere Sparmaßnahmen werden noch getroffen werden.

Das Dienstekommen des Reichskanzlers betrifft, die Zustimmung des Reichstages vorausgesetzt, mit Wirkung vom 1. September 1922 jenseits das Doppelte der Dienstbezüge des Reichskanzlers mit der Wahrnehmung, daß das Dienstekommen je zur Hälfte auf Gehalt und auf Aufwandsgelder entfällt. Diese Regelung will man treffen, um für die Zukunft einen festen Maßstab zu schaffen.

Der griechische Ministerprozeß.

Die Hinrichtung des griechischen Minister und Überführung des englischen Gesandten in Uthen bildeten Mittwoch abend den Hauptgegenstand der Verhandlungen im Unterhaus. Bonar Law erklärte zunächst, es bestehe keine anderen Informationen, als die in den Presse erschienenen. Der Gefangene Großbritanniens in Uthen sei von der Regierung abberufen worden. Bonar Law erklärte ferner, daß er auf die Frage, ob die englische Regierung die griechischen Minister zu ihrer Vollstreckung ermordet hätte, erst eingehen wolle, wenn man ihm nähere Einzelheiten mitteile. Wedgewood fragte, wann man die diplomatischen Beziehungen mit Uthen abbrechen habe, während man dieses zurzeit des inneren Schrems in Ungarn mit Budapest nicht getan habe. — Ich glaube nicht, antwortete Bonar Law, daß diese beiden Tatsachen sich irgendwie miteinander vergleichen ließen. Um die Hinrichtung zu verhindern, hätten wir die griechische Regierung darauf aufmerksam gemacht, daß wir unseren Gesandten abberufen würden, wenn das Urteil vollstreckt werde. Es scheint mir, daß unser Vorgehen schon allein durch die Tatsache gerechtfertigt wird, daß die Hinrichtung in Uthen nicht die Handlung einer Regierung, sondern die eines Revolutionskomitees war.

On Saturday hat der griechische Ministermord die Empörung hergerufen. Einmütig wird die Hinrichtung als brutales Verbrechen bezeichnet, das selbst den Szenenmord übertrifft. Der Abbruch der Beziehungen zu Griechenland soll bevorstehen. Auch der Katholik wird wahrscheinlich durch ein päpstliches Dokument gegen den Deutschen Mord Stellung nehmen. Katholische Offiziere, namentlich solche höchsten Standes, haben ihre griechischen Orden zurückgegeben.

Hinsichtlich der Haltung Frankreichs in der durch die Hinrichtung des griechischen Minister geschaffenen Lage glaubt der Bett Vertreter mittleren zu können, daß die französische Regierung nicht daran bente, in Nachahmung des Verhaltens des Londoner Kabinetts ihren Vertreter in Uthen zurückzuberufen.

In Lausanne stand man am Mittwoch den ganzen Tag über unter dem Eindruck der Geschehnisse in Uthen. Aus den Kreisen der meisten Delegationen verlautete, daß die Konferenz wahrscheinlich gesprengt werden würde. Die Haltung und die Abholten England's blieben anfangs völlig ratselhaft. Wenigstens verließ den ganzen Tag über sein Hotel nicht. Es hieß, daß er über die Hinrichtung seiner griechischen Feinde teilnen Wollte, und daß er sich nur mit der Frage beschäftige, wie er seine fernere Unwesenheit in Lausanne regeln und ob er Chef der griechischen Delegation bleibe. Diese. Die griechische Delegation behauptete noch am Mittwoch um Mitternacht, daß sie von den Vorgängen in Uthen nicht die geringste Ahnung habe. Um Mittwoch abend hieß es, daß England keinen Abbruch der Konferenz wünsche. In französischen Konferenzkreisen verheißt man fernerweise eine gewisse Genugtuung über diese Vorgänge, weil

man durch den geschiedenen Ministermord eine Erhöhung Englands erfuhr.

Kürzungen im österreichischen Parlament.

Bei der Abstimmung des Nationalversammlungen für das Jahr 1923 am Mittwoch kam es zu kurzen Szenen. Sämtliche von den deutschen Abgeordneten gestellten Änderungsanträge wurden von den Mehrheitsparteien abgelehnt, was natürlich die Gründung der deutschen Abgeordneten erregte. Als drittes Kapitel über Volksordnung wiederum ein Antrag der deutschen Sozialdemokraten abgelehnt wurde, verließen die deutschen Sozialdemokraten unter Protesten den Saal. Die im Saal zurückbleibenden deutschen politischen Parteien überschütteten die Minister der Mehrheitsparteien mit Blumen. Eine Menge von Blumen in den Händen der deutschen Parteien gingen in Trümmer. Die deutschösterreicher Abgeordneten griffen zu dem Obstruktionssmittel, daß sie einander laut Sprechereien vorlasen oder laute Gespräche miteinander führten. Unter Atem wurde schließlich das Finanzgesetz und damit das Budget in beiden Sitzungen angenommen. Für das Budget stimmten die tschechischen Mehrheitsparteien, dagegen die Deutschösterreicher und die deutschen Sozialdemokraten, die Kommunisten, die sozialdemokratische Gewerbe- und sozialistische Volkspartei.

Kleine politische Meldungen.

Neus über Dr. Wirth. Wie erinnerlich, tauchte vor einigen Wochen die auffallendste Nachricht auf, daß gegen den früheren Reichskanzler Dr. Wirth ein Attentat vorbereitet gewesen sei, das im Reichstag zur Ausführung gelangen sollte. Als angeblicher geständiger Täter war ein Kaufmann Schulz verhaftet worden. Wie der Oberstaatsanwalt nun mehr mitteilte, haben die Ermittlungen ergeben, daß die Angaben über den Attentatversuch und seine Vorbereitung nicht der Wahrheit entsprechen. Schulz mußte aus der Polizei entlassen werden. — Einem Gerücht nach soll Dr. Wirth die Abstimmung der Kleinrentner beschlossen haben. Nach dem Abstimmungsergebnis wurden erhöht die Werbegünstergütungen an die Krankenhausverwalterin und die Werbegünstige des Stadtkrankenhauses, die Vergütung für den Arzt der Pflegingefürsorge, die Vergütung des Stadtkrankenhauses, die Beiträge für die Volksschule und die Abgaben des Bezirkschronistengemeisters. Auf die Grundabgabe des Schönsteinbergemeisters wurden für November 3200 Prozent und ab 1. Dezember 4400 Prozent Zuschlagszuschlag genehmigt. Zum Zwecke der Unterstützung der Kleinrentner beschloß man, den Betrag von 47 000 Mark zu genehmigen als anteiligen Beitrag der Stadt Aue. Die Errichtung einer Stelle einer Wohlfahrtspflegerin in Gruppe 5 der staatlichen Besoldungsordnung genehmigte man, ebenso die Begründung von 6 Volksschullehrerstellen und 8 Fortbildungsschullehrerstellen für Oster 1923. Für die Sachsische Note Kreissammlung „Brüder in Not“, die den Hungernben im Ausland zugute kommen soll, bewilligte man aus sächsischen Mitteln den Betrag von 5000 Mark. Für die Sirolo ist die Beschaffung einer Bootsschraube erforderlich, die 26 000 Mark Kosten verursacht, welche bewilligt werden. Die höheren Beiträge für Stoffabstimmungen erfordern auf das 2. Halbjahr des laufenden Jahres eine Mehrausgabe von 242 500 Mk., die man bewilligt. In einer der letzten Sitzungen wurde die Erhöhung der Gas- und Kohlenabgaben an die Sozial- und Kleinrentner empfohlen. Diese Abgaben sollen verdreifacht werden mit Wirkung vom 1. Januar 1923 ab. Die hierzu erforderlichen Mehrausgaben bewilligt das Kollegium. Hierauf nichtöffentliche Sitzung.

Am 22. November beschloß, um Kosten zu verhindern, den Bürgermeister Gauermann ? Wahlkampf zu verzögern. Der Wahlkampfverantwortung ging eine Rasse zum Wahlvorstand geleitete gemeinschaftliche Sitzung der einzelnen Abgeordneten voran, in der 3 Abgeordnete traten in den Wahlausstellung für die nächsten 3 Jahre geschlossen wurden. Die Wahl fand am Samstagvormittag statt. Dr. Wallmann, Clemens Paul Wachhorn, Dr. Kling, Dr. und Frau Gottlieb Wanckels, Wachhorstrasse. — Die Verhandlungen des Stadtverordnetenkollegiums gingen außerordentlich rasch von statten und schon vor 8 Uhr konnte sie geschlossen werden. In der Hauptrede waren auch diesmal wieder Erörterungen zu beschließen. Eine größere Aussprache nahm nur der Besuch des Vorstandes des Kinderschirms Margaretenstift um Erhöhung der sächsischen Beiträge in Anspruch. Verschiedene Redner wünschten die Übernahme des Kinderschirms in sächsische Wohl- und Verwaltung, während andere die Übernahme zu forderten, geprägter Zeit empfanden. Von statisch aus wurde der Übernahme des Kinderschirms im gegenwärtiger Zeit entschieden abgeraten und so trat man schließlich dem Ratsschluß bei, das dahin geht, die sächsische Beiträge für das Kinderschirm für das laufende Jahr um 75 000 Mark, also auf 100 000 Mark, zu erhöhen. Den Rat erlaubte man dabei, zu geeigneter Zeit die Übernahme des Kinderschirms in sächsische Wohl- und Verwaltung im Auge zu behalten. Nach dem Ratsschluß wurden erhöht die Werbegünstergütungen an die Krankenhausverwalterin und die Werbegünstige des Stadtkrankenhauses, die Vergütung für den Arzt der Pflegingefürsorge, die Vergütung des Stadtkrankenhauses, die Beiträge für die Volksschule und die Abgaben des Bezirkschronistengemeisters. Auf die Grundabgabe des Schönsteinbergemeisters wurden für November 3200 Prozent und ab 1. Dezember 4400 Prozent Zuschlagszuschlag genehmigt. Zum Zwecke der Unterstützung der Kleinrentner beschloß man, den Betrag von 47 000 Mark zu genehmigen als anteiligen Beitrag der Stadt Aue. Die Errichtung einer Stelle einer Wohlfahrtspflegerin in Gruppe 5 der staatlichen Besoldungsordnung genehmigte man, ebenso die Begründung von 6 Volksschullehrerstellen und 8 Fortbildungsschullehrerstellen für Oster 1923. Für die Sachsische Note Kreissammlung „Brüder in Not“, die den Hungernben im Ausland zugute kommen soll, bewilligte man aus sächsischen Mitteln den Betrag von 5000 Mark. Für die Sirolo ist die Beschaffung einer Bootsschraube erforderlich, die 26 000 Mark Kosten verursacht, welche bewilligt werden. Die höheren Beiträge für Stoffabstimmungen erfordern auf das 2. Halbjahr des laufenden Jahres eine Mehrausgabe von 242 500 Mk., die man bewilligt. In einer der letzten Sitzungen wurde die Erhöhung der Gas- und Kohlenabgaben an die Sozial- und Kleinrentner empfohlen. Diese Abgaben sollen verdreifacht werden mit Wirkung vom 1. Januar 1923 ab. Die hierzu erforderlichen Mehrausgaben bewilligt das Kollegium. Hierauf nichtöffentliche Sitzung.

Am 22. November beschloß, um Kosten zu verhindern, den Bürgermeister Gauermann ? Wahlkampf zu verzögern. Der Wahlkampfverantwortung ging eine Rasse zum Wahlvorstand geleitete gemeinschaftliche Sitzung der einzelnen Abgeordneten voran, in der 3 Abgeordnete traten in den Wahlausstellung für die nächsten 3 Jahre geschlossen wurden. Die Wahl fand am Samstagvormittag statt. Dr. Wallmann, Clemens Paul Wachhorn, Dr. Kling, Dr. und Frau Gottlieb Wanckels, Wachhorstrasse. — Die Verhandlungen des Stadtverordnetenkollegiums gingen außerordentlich rasch von statten und schon vor 8 Uhr konnte sie geschlossen werden. In der Hauptrede waren auch diesmal wieder Erörterungen zu beschließen. Eine größere Aussprache nahm nur der Besuch des Vorstandes des Kinderschirms Margaretenstift um Erhöhung der sächsischen Beiträge in Anspruch. Verschiedene Redner wünschten die Übernahme des Kinderschirms in sächsische Wohl- und Verwaltung, während andere die Übernahme zu forderten, geprägter Zeit empfanden. Von statisch aus wurde der Übernahme des Kinderschirms im gegenwärtiger Zeit entschieden abgeraten und so trat man schließlich dem Ratsschluß bei, das dahin geht, die sächsische Beiträge für das Kinderschirm für das laufende Jahr um 75 000 Mark, also auf 100 000 Mark, zu erhöhen. Den Rat erlaubte man dabei, zu geeigneter Zeit die Übernahme des Kinderschirms in sächsische Wohl- und Verwaltung im Auge zu behalten. Nach dem Ratsschluß wurden erhöht die Werbegünstergütungen an die Krankenhausverwalterin und die Werbegünstige des Stadtkrankenhauses, die Vergütung für den Arzt der Pflegingefürsorge, die Vergütung des Stadtkrankenhauses, die Beiträge für die Volksschule und die Abgaben des Bezirkschronistengemeisters. Auf die Grundabgabe des Schönsteinbergemeisters wurden für November 3200 Prozent und ab 1. Dezember 4400 Prozent Zuschlagszuschlag genehmigt. Zum Zwecke der Unterstützung der Kleinrentner beschloß man, den Betrag von 47 000 Mark zu genehmigen als anteiligen Beitrag der Stadt Aue. Die Errichtung einer Stelle einer Wohlfahrtspflegerin in Gruppe 5 der staatlichen Besoldungsordnung genehmigte man, ebenso die Begründung von 6 Volksschullehrerstellen und 8 Fortbildungsschullehrerstellen für Oster 1923. Für die Sachsische Note Kreissammlung „Brüder in Not“, die den Hungernben im Ausland zugute kommen soll, bewilligte man aus sächsischen Mitteln den Betrag von 5000 Mark. Für die Sirolo ist die Beschaffung einer Bootsschraube erforderlich, die 26 000 Mark Kosten verursacht, welche bewilligt werden. Die höheren Beiträge für Stoffabstimmungen erfordern auf das 2. Halbjahr des laufenden Jahres eine Mehrausgabe von 242 500 Mk., die man bewilligt. In einer der letzten Sitzungen wurde die Erhöhung der Gas- und Kohlenabgaben an die Sozial- und Kleinrentner empfohlen. Diese Abgaben sollen verdreifacht werden mit Wirkung vom 1. Januar 1923 ab. Die hierzu erforderlichen Mehrausgaben bewilligt das Kollegium. Hierauf nichtöffentliche Sitzung.

Am 22. November beschloß, um Kosten zu verhindern, den Bürgermeister Gauermann ? Wahlkampf zu verzögern. Der Wahlkampfverantwortung ging eine Rasse zum Wahlvorstand geleitete gemeinschaftliche Sitzung der einzelnen Abgeordneten voran, in der 3 Abgeordnete traten in den Wahlausstellung für die nächsten 3 Jahre geschlossen wurden. Die Wahl fand am Samstagvormittag statt. Dr. Wallmann, Clemens Paul Wachhorn, Dr. Kling, Dr. und Frau Gottlieb Wanckels, Wachhorstrasse. — Die Verhandlungen des Stadtverordnetenkollegiums gingen außerordentlich rasch von statten und schon vor 8 Uhr konnte sie geschlossen werden. In der Hauptrede waren auch diesmal wieder Erörterungen zu beschließen. Eine größere Aussprache nahm nur der Besuch des Vorstandes des Kinderschirms Margaretenstift um Erhöhung der sächsischen Beiträge in Anspruch. Verschiedene Redner wünschten die Übernahme des Kinderschirms in sächsische Wohl- und Verwaltung, während andere die Übernahme zu forderten, geprägter Zeit empfanden. Von statisch aus wurde der Übernahme des Kinderschirms im gegenwärtiger Zeit entschieden abgeraten und so trat man schließlich dem Ratsschluß bei, das dahin geht, die sächsische Beiträge für das Kinderschirm für das laufende Jahr um 75 000 Mark, also auf 100 000 Mark, zu erhöhen. Den Rat erlaubte man dabei, zu geeigneter Zeit die Übernahme des Kinderschirms in sächsische Wohl- und Verwaltung im Auge zu behalten. Nach dem Ratsschluß wurden erhöht die Werbegünstergütungen an die Krankenhausverwalterin und die Werbegünstige des Stadtkrankinhauses, die Vergütung für den Arzt der Pflegingefürsorge, die Vergütung des Stadtkrankinhauses, die Beiträge für die Volksschule und die Abgaben des Bezirkschronistengemeisters. Auf die Grundabgabe des Schönsteinbergemeisters wurden für November 3200 Prozent und ab 1. Dezember 4400 Prozent Zuschlagszuschlag genehmigt. Zum Zwecke der Unterstützung der Kleinrentner beschloß man, den Betrag von 47 000 Mark zu genehmigen als anteiligen Beitrag der Stadt Aue. Die Errichtung einer Stelle einer Wohlfahrtspflegerin in Gruppe 5 der staatlichen Besoldungsordnung genehmigte man, ebenso die Begründung von 6 Volksschullehrerstellen und 8 Fortbildungsschullehrerstellen für Oster 1923. Für die Sachsische Note Kreissammlung „Brüder in Not“, die den Hungernben im Ausland zugute kommen soll, bewilligte man aus sächsischen Mitteln den Betrag von 5000 Mark. Für die Sirolo ist die Beschaffung einer Bootsschraube erforderlich, die 26 000 Mark Kosten verursacht, welche bewilligt werden. Die höheren Beiträge für Stoffabstimmungen erfordern auf das 2. Halbjahr des laufenden Jahres eine Mehrausgabe von 242 500 Mk., die man bewilligt. In einer der letzten Sitzungen wurde die Erhöhung der Gas- und Kohlenabgaben an die Sozial- und Kleinrentner empfohlen. Diese Abgaben sollen verdreifacht werden mit Wirkung vom 1. Januar 1923 ab. Die hierzu erforderlichen Mehrausgaben bewilligt das Kollegium. Hierauf nichtöffentliche Sitzung.

Am 22. November beschloß, um Kosten zu verhindern, den Bürgermeister Gauermann ? Wahlkampf zu verzögern. Der Wahlkampfverantwortung ging eine Rasse zum Wahlvorstand geleitete gemeinschaftliche Sitzung der einzelnen Abgeordneten voran, in der 3 Abgeordnete traten in den Wahlausstellung für die nächsten 3 Jahre geschlossen wurden. Die Wahl fand am Samstagvormittag statt. Dr. Wallmann, Clemens Paul Wachhorn, Dr. Kling, Dr. und Frau Gottlieb Wanckels, Wachhorstrasse. — Die Verhandlungen des Stadtverordnetenkollegiums gingen außerordentlich rasch von statten und schon vor 8 Uhr konnte sie geschlossen werden. In der Hauptrede waren auch diesmal wieder Erörterungen zu beschließen. Eine größere Aussprache nahm nur der Besuch des Vorstandes des Kinderschirms Margaretenstift um Erhöhung der sächsischen Beiträge in Anspruch. Verschiedene Redner wünschten die Übernahme des Kinderschirms in sächsische Wohl- und Verwaltung, während andere die Übernahme zu forderten, geprägter Zeit empfanden. Von statisch aus wurde der Übernahme des Kinderschirms im gegenwärtiger Zeit entschieden abgeraten und so trat man schließlich dem Ratsschluß bei, das dahin geht, die sächsische Beiträge für das Kinderschirm für das laufende Jahr um 75 000 Mark, also auf 100 000 Mark, zu erhöhen. Den Rat erlaubte man dabei, zu geeigneter Zeit die Übernahme des Kinderschirms in sächsische Wohl- und Verwaltung im Auge zu behalten. Nach dem Ratsschluß wurden erhöht die Werbegünstergütungen an die Krankenhausverwalterin und die Werbegünstige des Stadtkrankinhauses, die Vergütung für den Arzt der Pflegingefürsorge, die Vergütung des Stadtkrankinhauses, die Beiträge für die Volksschule und die Abgaben des Bezirkschronistengemeisters. Auf die Grundabgabe des Schönsteinbergemeisters wurden für November 3200 Prozent und ab 1. Dezember 4400 Prozent Zuschlagszuschlag genehmigt. Zum Zwecke der Unterstützung der Kleinrentner beschloß man, den Betrag von 47 000 Mark zu genehmigen als anteiligen Beitrag der Stadt Aue. Die Errichtung einer Stelle einer Wohlfahrtspflegerin in Gruppe 5 der staatlichen Besoldungsordnung genehmigte man, ebenso die Begründung von 6 Volksschullehrerstellen und 8 Fortbildungsschullehrerstellen für Oster 1923. Für die Sachsische Note Kreissammlung „Brüder in Not“, die den Hungernben im Ausland zugute kommen soll, bewilligte man aus sächsischen Mitteln den Betrag von 5000 Mark. Für die Sirolo ist die Beschaffung einer Bootsschraube erforderlich, die 26 000 Mark Kosten verursacht, welche bewilligt werden. Die höheren Beiträge für Stoffabstimmungen erfordern auf das 2. Halbjahr des laufenden Jahres eine Mehrausgabe von 242 500 Mk., die man bewilligt. In einer der letzten Sitzungen wurde die Erhöhung der Gas- und Kohlenabgaben an die Sozial- und Kleinrentner empfohlen. Diese Abgaben sollen verdreifacht werden mit Wirkung vom 1. Januar 1923 ab. Die hierzu erforderlichen Mehrausgaben bewilligt das Kollegium. Hierauf nichtöffentliche Sitzung.

Am 22. November beschloß, um Kosten zu verhindern, den Bürgermeister Gauermann ? Wahlkampf zu verzögern. Der Wahlkampfverantwortung ging eine Rasse zum Wahlvorstand geleitete gemeinschaftliche Sitzung der einzelnen Abgeordneten voran, in der 3 Abgeordnete traten in den Wahlausstellung für die nächsten 3 Jahre geschlossen wurden. Die Wahl fand am Samstagvormittag statt. Dr. Wallmann, Clemens Paul Wachhorn, Dr. Kling, Dr. und Frau Gottlieb Wanckels, Wachhorstrasse. — Die Verhandlungen des Stadtverordnetenkollegiums gingen außerordentlich rasch von statten und schon vor 8 Uhr konnte sie geschlossen werden. In der Hauptrede waren auch diesmal wieder Erörterungen zu beschließen. Eine größere Aussprache nahm nur der Besuch des Vorstandes des Kinderschirms Margaretenstift um Erhöhung der sächsischen Beiträge in Anspruch. Verschiedene Redner wünschten die Übernahme des Kinderschirms in sächsische Wohl- und Verwaltung, während andere die Übernahme zu forderten, geprägter Zeit empfanden. Von statisch aus wurde der Übernahme des Kinderschirms im gegenwärtiger Zeit entschieden abgeraten und so trat man schließlich dem Ratsschluß bei, das dahin geht, die sächsische Beiträge für das Kinderschirm für das laufende Jahr um 75 000 Mark, also auf 100 000 Mark, zu erhöhen. Den Rat erlaubte man dabei, zu geeigneter Zeit die Übernahme des Kinderschirms in sächsische Wohl- und Verwaltung im Auge zu behalten. Nach dem Ratsschluß wurden erhöht die Werbegünstergütungen an die Krankenhausverwalterin und die Werbegünstige des Stadtkrankinhauses, die Vergütung für den Arzt der Pflegingefürsorge, die Vergütung des Stadtkrankinhauses, die Beiträge für die Volksschule und die Abgaben des Bezirkschronistengemeisters. Auf die Grundabgabe des Schönsteinbergemeisters wurden für November 3200 Prozent und ab 1. Dezember 4400 Prozent Zuschlagszuschlag genehmigt. Zum Zwecke der Unterstützung der Kleinrentner beschloß man, den Betrag von 47 000 Mark zu genehmigen als anteiligen Beitrag der Stadt Aue. Die Errichtung einer Stelle einer Wohlfahrtspflegerin in Gruppe 5 der staatlichen Besoldungsordnung genehmigte man, ebenso die Begründung von 6 Volksschullehrerstellen und 8 Fortbildungsschullehrerstellen für Oster 1923. Für die Sachsische Note Kreissammlung „Brüder in Not“, die den Hungernben im Ausland zugute kommen soll, bewilligte man aus sächsischen Mitteln den Betrag von 5000 Mark. Für die Sirolo ist die Beschaffung einer Bootsschraube erforderlich, die 26 000 Mark Kosten verursacht, welche bewilligt werden. Die höheren Beiträge für Stoffabstimmungen erfordern auf das 2. Halbjahr des laufenden Jahres eine Mehrausgabe von 242 500 Mk., die man bewilligt. In einer der letzten Sitzungen wurde die Erhöhung der Gas- und Kohlenabgaben an die Sozial- und Kleinrentner empfohlen. Diese Abgaben sollen verdreifacht werden mit Wirkung vom 1. Januar 1923 ab. Die hierzu erforderlichen Mehrausgaben bewilligt das Kollegium. Hierauf nichtöffentliche Sitzung.

Am 22. November beschloß, um Kosten zu verhindern, den Bürgermeister Gauermann ? Wahlkampf zu verzögern. Der Wahlkampfverantwortung ging eine Rasse zum Wahlvorstand geleitete gemeinschaftliche Sitzung der einzelnen Abgeordneten voran, in der 3 Abgeordnete traten in den Wahlausstellung für die nächsten 3 Jahre geschlossen wurden. Die Wahl fand am Samstagvormittag statt. Dr. Wallmann, Clemens Paul Wachhorn, Dr. Kling, Dr. und Frau Gottlieb Wanckels, Wachhorstrasse. — Die Verhandlungen des Stadtverordnetenkollegiums gingen außerordentlich rasch von statten und schon vor 8 Uhr konnte sie geschlossen werden. In der Hauptrede waren auch diesmal wieder Erörterungen zu beschließen. Eine größere Aussprache nahm nur der Besuch des Vorstandes des Kinderschirms Margaretenstift um Erhöhung der sächsischen Beiträge in Anspruch. Verschiedene Redner wünschten die Übernahme des Kinderschirms in sächsische Wohl- und Verwaltung, während andere die Übernahme zu forderten, geprägter Zeit empfanden. Von statisch aus wurde der Übernahme des Kinderschirms im gegenwärtiger Zeit entschieden abgeraten und so trat man schließlich dem Ratsschluß bei, das dahin geht, die sächsische Beiträge für das Kinderschirm für das laufende Jahr um 75 000 Mark, also auf 100 000 Mark, zu erhöhen. Den Rat erlaubte man dabei, zu geeigneter Zeit die Übernahme des Kinderschirms in sächsische Wohl- und Verwaltung im Auge zu behalten. Nach dem Ratsschluß wurden erhöht die Werbegünstergütungen an die Krankenhausverwalterin und die Werbegünstige des Stadtkrankinhauses, die Vergütung für den Arzt der Pflegingefürsorge, die Vergütung des Stadtkrankinhauses, die Beiträge für die Volksschule und die Abgaben des Bezirkschronistengemeisters. Auf die Grundabgabe des Schönsteinbergemeisters wurden für November 3200 Prozent und ab 1. Dezember 4400 Prozent Zuschlagszuschlag genehmigt. Zum Zwecke der Unterstützung der Kleinrentner beschloß